

Dieser von **Gudrun Biffi** moderierte Tag ist dem Thema der religiösen Vielfalt gewidmet und befasst sich mit dem Aspekt der Geschlechterverhältnisse in einem multireligiösen und multikulturellen Kontext.

Als Keynote-Speakerin kann **Sabine Strasser** (von der Middle East Technical University in Ankara, Department für Soziologie) gewonnen werden, die zum Thema „Die Frauenbewegungen in Europa in einem multikulturellen und multireligiösen Kontext“ referiert. In ihrem Vortrag geht sie speziell auf das Verhältnis zwischen Multikulturalismus und Feminismus in Europa ein und wirft die Frage auf, ob Multikulturalismus den Frauen (und Frauenbewegungen) schade. Der Fokus ihres Vortrags liegt auf der Betrachtung der Zwangsheirat vor dem Hintergrund einer europäischen Entwicklung der Geschlechtergleichheit, um aufzuzeigen, dass die mediale und politische Auseinandersetzung mit diesem Thema zwar zum Ziel hat, mehr Autonomie für Frauen in minorisierten Gruppen zu ermöglichen, letztlich aber zu einem Rückzug von Multikulturalismus und einer verstärkten Kontrolle von Migration und somit zu einer Einschränkung der Autonomie von Frauen führt.



Sabine Strasser zeigt auf, dass es in Europa seit den 1950er Jahren bereits viele Anstrengungen zur Herstellung der Geschlechtergerechtigkeit gibt (wie etwa Equal Pay, Gender Mainstreaming, Anti-Diskriminierungsgesetze oder Kampf gegen Gewalt an Frauen), eine Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern aber auch in Europa praktisch noch nicht umgesetzt werden konnte. Trotzdem wird die Frauenpolitik von der Agenda der „Geschlechtergleichheit der Anderen“ dominiert, die von der Annahme der Ungleichheit von Frauen und Männern in anderen kulturellen Kontexten ausgeht. Kulturelle Anerkennung wird in diesem Zusammenhang als Zugeständnis an die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern verstanden und Probleme bei der Integration in „unsere“ Gesellschaft darauf zurückgeführt.

Der Multikulturalismus ist zudem oft umstritten, weil er angeblich Differenzen betont anstatt sie zu überwinden. Zudem werden Verhandlungen mit minoritären Gruppen oft mit Vertretern geführt, die patriarchale, konservative Haltungen vertreten. Ein weiterer Vorwurf an den Multikulturalismus ist die immer wiederkehrende Fixierung des Kulturbegriffs. Kultur wird in diesen Debatten häufig so verstanden, als würde sie soziale Handlungen determinieren. Wenn beispielsweise Zwangsverheiratung fälschlich als Element einer Kultur angesehen wird, dann gehen VertreterInnen des Kulturdeterminismus davon aus, dass Mitglieder dieser Kultur nicht anders können, als dass Mädchen, die sich den Erwartungen der Eltern, der Familie oder des Klans widersetzen, verheiratet werden müssen. Laut Strasser gibt es allerdings keine kulturelle Gruppe, die Zwangsverheiratung als kulturelles Recht einfordert.

Aus Sabine Strassers Sicht ist es unerlässlich, den Kampf gegen Gewalt an Frauen mit dem Kampf um Diversität, Menschenrechte und Demokratie zu verbinden. Wichtig ist, dass Autonomie von Frauen dabei nicht ein Werkzeug wird, das zur Abwertung von Minderheiten herangezogen wird. Ein relationaler Autonomiebegriff, der die kulturelle Einbettung von Autonomie mitdenkt, ist hier gefordert, denn ein solcher verliert den Vorschriftencharakter der Autonomie. So können

kultursensible Aspekte von Autonomie wahrgenommen werden. Ein absoluter Autonomiebegriff hingegen dient der weiteren Grenzziehung zwischen dominanten und untergeordneten Gruppen und benutzt Geschlechterverhältnisse für die Herstellung von Dominanz und Unterordnung.

Die Islamwissenschaftlerin **Rifa'at Lenzin** von der Universität Luzern schließt mit ihrem Vortrag zum Thema „Die Geschlechterfrage im Islam: eine „west-östliche“ Perspektive“ an die Ausführungen von Sabine Strasser an. Häufig wird ein Wertekonflikt zwischen den Werten der westlichen und den Werten der muslimischen Welt konstruiert und dafür steht die Genderfrage fast sinnbildlich.



Muslimische Feministinnen sehen sich vor eine doppelte Herausforderung bei ihrem Kampf für Gleichberechtigung gestellt. Einerseits sind sie mit der Definitionsmacht der muslimischen Männer und deren Anspruch auf Deutungshoheit hinsichtlich der religiösen Normen konfrontiert, andererseits mit westlichen Frauen, die für sich die Deutungshoheit hinsichtlich Feminismus reklamieren. Besonders Musliminnen in Europa, die sich mit solchen Fragen auseinandersetzen, stoßen immer auf den

Universalitätsanspruch von VertreterInnen der dominanten Mehrheitsgruppe gegenüber ihren Werten. Die kulturspezifische Gebundenheit der eigenen Werte und damit deren Relativierung zu akzeptieren ist gerade für die Mehrheitsgesellschaft besonders schwierig, aber unabdingbar für das Zusammenleben in einer plurikulturellen und multireligiösen Gesellschaft.

Das strukturelle Ungleichgewicht zwischen der Mehrheitsgesellschaft und ihren Minderheiten kommt auch in der Genderfrage zum Ausdruck. Es geht dabei auch um den Zugang zu ökonomischen Ressourcen und um soziale Machtverhältnisse.

Die Genderfrage wird heutzutage häufig ausgelagert und bei den MuslimInnen deponiert, um die eigenen Unzulänglichkeiten in Sachen Geschlechtergerechtigkeit zu entlasten. Das führt zu der Erkenntnis, dass Frauen nicht nur Frauen sind, sondern zugleich auch Angehörige einer ethnischen Gruppe, einer religiösen Gemeinschaft, einer sozialen Schicht und/oder anderen sozial relevanten Konstellation. Daher braucht es einen Emanzipations- und Feminismusbegriff, der dieser Pluralität Rechnung trägt – jenseits der westlichen Absolutierung dieser Begriffe.



Die nachfolgende Podiumsdiskussion zum Thema „Die Rolle der politischen Rahmenbedingungen für die Gleichbehandlung der Geschlechter in einer multireligiösen Welt“ mit **Maria Fekter**, Bundesministerin für Inneres, **Rabeya Müller**, Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung Köln, **Sabine Strasser**, Middle East Technical University Ankara und **Rifa'at Lenzin**, Universität Luzern wird von **Gudrun Biffel** moderiert – eingeleitet von einer Pantomime des georgischen Schauspielers David Chuntschukaschwili.

Die Podiumsdiskussion setzt sich zum Ziel, Wissenschaft und Politik in einen direkten Dialog eintreten zu lassen.

Die Parallel-Workshops am Nachmittag werden von einem Kurzvortrag der Islamwissenschaftlerin, islamischen Theologin und Feministin **Rabeya Müller** vom Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung in Köln eingeleitet.



Nach einem Überblick über die Geschichte der Zuwanderung aus dem muslimischen Raum in Deutschland und Österreich stellt Rabeya Müller fest, dass die Interessensvertretungen von MuslimInnen in Österreich und Deutschland häufig mit besonders konservativen Haltungen besetzt sind, und auch keine repräsentative Vertretung aller MuslimInnen darstellen. Dadurch manifestiert sich eine orthodoxe Haltung, die konservative Werte gewahrt haben will und sich an der Frauenfrage festmacht. Feministisch wird in muslimischen Gruppierungen häufig mit westlich und areligiös gleichgesetzt. Dies passiert in nicht-muslimischen Gruppen allerdings genauso.

Eine weitere Befürchtung betrifft die Etablierung eines türkischen Staatsislams. Die Türkei ist laut Rabeya Müller ein Land, indem sich Feminismus als areligiös darstellt. Andererseits gibt es neuerdings aber einen islamistischen Feminismus, indem die Religion dazu benutzt wird, bestehende Rollenklischees zu festigen.

Wenn man versuchen will, junge Menschen mittels Bildung zu einer offeneren Sichtweise auf die eigene Religion heranzuziehen, aber der Religionsunterricht von konservativen Haltungen geprägt ist, dann funktioniert das nur als Querschnittsmaterie über alle Unterrichtsfächer. Die Lehrkräfte, die solche Querschnittsfächer unterrichten, müssten also eine interreligiöse Kompetenz besitzen.

Im nächsten Teil ihres Vortrages geht Rabeya Müller der Frage nach einem weiblichen Islam aus theologischer Sicht nach und zeigt anhand bestimmter Koranauslegungen auf, dass Übersetzungen häufig zu einer Fehlinterpretation der Geschlechterverhältnisse im Koran führen. Dies wiederum prägt die Lebenssituation von Frauen über lange Zeit hinweg immens.

Frauen müssen, so Rabeya Müller, im Kampf um Chancengleichheit die Deutungshoheit auf gleichberechtigter Ebene einfordern, was aber auch viel an Anstrengung mit sich bringt. Eine bloße Kritik an der Religion reicht für die Argumentation nicht aus. Jene Kräfte innerhalb des Islams sollten gestärkt werden, die in der Lage sind, eine innerislamische Reform durchzuführen. Mit Verboten und Druck wird lediglich Abgrenzung gefördert.

Der erste Workshop zum Thema „**Feminismus und Islam**“ wird von **Ingrid Moritz**, Leiterin der Frauenabteilung der Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte Österreich, moderiert und knüpft direkt an den Vortrag von Rabeya Müller an. Das Spannungsfeld zwischen feministischen und religiösen (häufig konservierenden) Grundhaltungen steht im Vordergrund. In der Diskussion im Workshop werden einige Fragen aufgeworfen: Welche Möglichkeiten gibt es, Musliminnen dabei zu unterstützen, ein unabhängiges, selbstbestimmtes Leben (außerhalb des privaten Raums) zu führen? Wie kann man dabei Einfluss auf die muslimische Community nehmen?





Als unterstützend bei der Förderung eines selbstbestimmten Lebens von Frauen werden die ökonomische Unabhängigkeit und der Abbau von Barrieren am Arbeitsmarkt gesehen. Dabei kann die Produktion von beruflichen Vorbildern hilfreich sein. Die Vielfalt der Gesellschaft sollte im öffentlichen Raum sichtbar gemacht werden. Weiters wurde angeregt, die Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern zu fördern, um die Freiräume junger Musliminnen zu stärken. Es wird

allgemein festgehalten, dass die Beantwortung frauenspezifischer Fragen nicht nur auf die muslimische Religionsgemeinschaft beschränkt werden sollte.

Rabeya Müller moderiert einen zweiten Workshop zum Thema „Islam in Österreich und Deutschland“. Dabei wird eingangs ein gemeinsames Grundverständnis zu bestimmten Begriffen hergestellt. Es wird darüber diskutiert, wo die Grenzen zwischen gemäßigt und konservativem Islam sind. Als problematisch werden extremistische Formen angesehen, wenn ein Absolutheitsanspruch auf die eigene Interpretation des Islam gestellt wird.

Weiter wird über die institutionellen Rahmenbedingungen und Grundprinzipien des Islam in Österreich und Deutschland gesprochen. Die „Islamische Glaubensgemeinschaft“ in Österreich stellt in ihrer Form europaweit ein Spezifikum dar. Eine solche Mehrheitsvertretung kann verschiedene Richtungen vorgeben. Problematisch ist es aber, wenn es eine Institution als Ansprechpartner für den Staat gibt, in der nur eine einzige Richtung vertreten wird.

Verschiedene Richtungen des Islam ergeben sich nicht zuletzt aus unterschiedlichen Interpretationen des Koran: Die arabische Fassung des Koran ist unveränderbar, aber jede Übersetzung ist bereits eine Interpretation. In der Auslegung des Korans gibt es seit Anbeginn unterschiedliche Rechtsmeinungen, wobei aber ein Nebeneinander möglich ist.



In der Beratungsarbeit ist man häufig damit konfrontiert, dass junge MuslimInnen ihr Leben in Deutschland (oder Österreich) nur schwer mit der gelebten religiösen Tradition in Einklang bringen können. Als großes Problem wird in der Beratungsarbeit u.a. die Vermittlung dessen, dass selbstständiges Denken und Eigenständigkeit legitim und mit dem Koran kompatibel sind, angesehen. Man sollte daher versuchen, keine Antworten auf die Fragen der MuslimInnen, die

sich aus ihrem westlichen Leben in einem muslimischen Kontext ergeben, vorzugeben, sondern sie gemeinsam mit den Jugendlichen erarbeiten.

Die Ergebnisse der Parallelworkshops werden dem Plenum von den RapporteurInnen **Andreas Dekrout** und **Isabella Skrivanek** präsentiert.